

# POSTULAT

<b>Urheber</b>	AdG/LA, durch Raymond Borgeat, Annick Clerc Bérode (Suppl.) und Robert Métrailler (Suppl.)
<b>Gegenstand</b>	Praktikantenstatus – der Staat sollte mit gutem Beispiel vorangehen
<b>Datum</b>	13.03.2015
<b>Nummer</b>	1.0125

---

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist die Versuchung sowohl für den Staat als auch für die Privatwirtschaft gross, qualifiziertes Personal zum Spartarif anzustellen, indem auf Praktikanten zurückgegriffen wird. Der Praktikantenstatus ist in Rechtskreisen klar definiert. Ein Jurist, der seine Rechtsausbildung abschliesst, kann ein Praktikum zur Vorbereitung auf sein Anwaltsdiplom absolvieren. Es handelt sich also um eine Lernphase, die es dem Praktikanten erlauben soll, Erfahrungen zu sammeln und sich die nötigen Kompetenzen hinsichtlich der Erlangung seines Diploms anzueignen.

In zahlreichen anderen Berufskreisen ist dieser Status nicht so klar definiert. Zahlreiche Abgeordnete kennen eine Person, die ein Praktikum im Kommunikations-, Kultur- oder Ingenieurbereich absolviert. In diesen Fällen ist der Ausbildungsaspekt nicht formell definiert und es kann sich sogar um eine Form des Lohndumpings handeln. Auch der Staat Wallis greift auf Praktikanten zurück, um einen punktuellen Personalmangel zu überbrücken, eine Stellvertretung zu gewährleisten oder die Kosten eines Projekts zu senken. Es ist offensichtlich missbräuchlich, Praktikanten ohne jegliche Ausbildungs- oder Anstellungsperspektive anzustellen. Das Sammeln von Erfahrungen kann wohl kaum als Ausbildung betrachtet werden.

Trotz der aktuell schwierigen Finanzlage darf dieser Versuchung nicht systematisch nachgegeben werden.

## **Schlussfolgerung**

Die Postulanten fordern, dass der Staat die Rahmenbedingungen für die Anstellung seiner Praktikanten definiert. Diese Rahmenbedingungen müssen mindestens folgende Elemente umfassen:

- die Ausbildungsziele;
- ein der Ausbildung entsprechender Lohn (qualifiziert ohne Erfahrung);
- eine Altersgrenze;
- die Dauer (befristet);
- eine Erneuerungsbeschränkung.

Diese Rahmenbedingungen könnten auch als Referenz für die Privatwirtschaft dienen.